

Regierungserklärung
Bürgermeister Ole von Beust
vor der Hamburgischen Bürgerschaft
am 28. Mai 2008

- Es gilt das gesprochene Wort -

Herr Präsident,
meine Damen und Herren,

ich stehe vor Ihnen, um gegenüber den Abgeordneten der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg die Regierungserklärung des Senats für die 19. Legislaturperiode abzugeben.

Hinter uns allen liegen, politisch betrachtet, mühevoll Monate. Wir denken zurück an die Vorbereitung des Wahlkampfes, den Wahlkampf selbst, die Gespräche nach den Wahlen und die Konstituierung der neu gewählten Fraktionen, an die Regierungsbildung.

Dies waren intensive, emotionale Monate: Monate voller Hoffnung, Erwartung, auch Enttäuschung und Verwirklichung lang gehegter Wünsche.

Jetzt gilt es nach Vorne zu blicken. Sollte der Wahlkampf Wunden und Verletzungen geschlagen haben - ich hoffe, es gelingt sie zu vergessen. Wir wollen uns nun gemeinsam an die Arbeit machen: Sicherlich mit unterschiedlichen Sichtweisen und Rollenverteilungen aber mit einem gemeinsamen Ziel: Alles zu tun, damit die Menschen in der Freien und Hansestadt Hamburg

- eine gute Zukunft haben
- das Vertrauen in die Politik, das Vertrauen in uns, die Politikerinnen und Politiker, nicht verlieren,
- eine persönliche Chance bekommen, die eigenen Träume, Ideale und Ziele zu verwirklichen; auch zum Wohl aller.

Viele von uns arbeiten seit Jahren für diese Ziele. Jeder mit seiner eigenen Sichtweise. Verkennen wir nicht: Die gesellschaftliche Wirklichkeit hat sich verändert. Eindeutige Zuordnungen, wie

- recht gegen links,
- konservativ oder gar reaktionär gegen fortschrittlich und modern,
- liberale Haltung gegen Polizeistaat-Mentalität;

all das entspricht nicht mehr der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Natürlich gibt es Unterschiede in Interessen, Meinungen und Weltbildern. Diese sind aber vielschichtiger und durchlässiger geworden.

Dies gilt genauso für die persönliche Einordnung wie - in ihren Folgen – für die politische Zuordnung. Die Süddeutsche Zeitung hat das im April dieses Jahres so ausgedrückt:

„Der Einzelne entspricht in seiner Lebensweise immer weniger erwartbaren Durchschnittswerten, er weicht ab, worin aber keine Provokation mehr besteht. Das Anderssein ist selbst normal geworden. So wählt der konfessionslose Stahlarbeiter im Ruhrgebiet die CDU, geht der Professor für Mittelalter ins Fußballstadion und trägt der Beamte im gehobenen Dienst ein Piercing.“

Will sagen: Genauso wie wir uns im Privaten von gängigen Verhaltensmodellen abwenden, genauso wie wir gesellschaftliche Pluralisierung als Ausdruck von Freiheit verstehen, müssen wir in der Politik lernen, jenseits überholter Muster, jenseits von Durchschnittsdenken und Erfahrungswerten zu handeln.

Dem will ich mich ganz persönlich und dem will sich diese Koalition in Hamburg stellen.

Lassen Sie mich das in drei Begriffspaaren verdeutlichen:

1. Begriffspaar: Leistungsförderung gegen Integration.

Blicken wir zurück. Jahrzehntlang gab es hier, zumindest in der politischen Etikettierung, Gegensätze:

Während meine Partei und vermutlich die Mehrheit der Gesellschaft in den 70ern, den 80ern bis in die 90er Jahre postulierte: „Deutschland ist kein Einwanderungsland“, sprachen andere von der „Multikulturellen Gesellschaft“.

Beide Seiten hatten die Hoffnung, die mit der Zuwanderung verbundenen Chancen und Probleme würden sich durch diese politische Etikettierung quasi automatisch regeln.

Heute wissen wir: Das stimmt so nicht mehr.

Hamburg ist von jeher eine weltoffene und attraktive Stadt. Bei uns leben rund 470.000 Menschen mit Migrationshintergrund. Fast 50 Prozent der Kinder, die heute eingeschult werden, haben einen Migrationshintergrund. 260.000 Hamburgerinnen und Hamburger sind ausländische Staatsbürger.

Diese Vielfalt ist Chance und Herausforderung für unsere Stadt. Die gesellschaftliche, kulturelle und soziale Integration und Teilhabe der Menschen mit Migrationshintergrund ist unser Ziel.

Integration beginnt nicht erst in der Kindertagesbetreuung. Doch die Kita ist ein zentraler Bestandteil moderner Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik. Sie erreicht alle Familien, fördert die Entwicklung der Lebenschancen durch frühe Bildung und Pädagogik und ermöglicht die gezielte Förderung benachteiligter Kinder sowie sprachliche und kulturelle Integration.

Die Kita ist ein zentraler Anknüpfungspunkt im Stadtteil für die Integration von Zuwanderern, Elternförderung, Kinderschutz, gesundes Aufwachsen und gesunde Ernährung bis hin zu Frühintervention bei Verhaltens- und Gewaltauffälligkeit.

Daher haben wir zum Beispiel den Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung auf zwei Jahre herabgesetzt; daher werden wir das kostenlose vorschulische Jahr in Kita oder Vorschule einführen.

Gemeinsames Ziel ist, die Kinder früher zu fördern. Erreicht werden sollen dadurch vor allem auch Kinder mit Migrationshintergrund.

Und es muss Ziel von Bildungspolitik sein, Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft gleiche und gerechte Chancen für den Besuch von Bildungseinrichtungen und den Erwerb von Kompetenzen zu ermöglichen:

für ein selbständiges und selbst bestimmtes Leben in einer demokratischen Gesellschaft; aber auch für den Wirtschaftsstandort Hamburg, der ohne bestmöglich qualifizierte Menschen nicht im globalen Wettbewerb bestehen kann.

Deswegen wollen wir für Hamburg ein Schulwesen, das sich in Primarschule, Gymnasium und Stadtteilschule gliedert. Alle Kinder sollen so nach ihrem individuellen Lern- und Leistungsvermögen gefördert und gefordert werden.

Ich weiß, diese Pläne sind umstritten - auf beiden Seiten:

Die einen fordern eine Schule für alle, mit gemeinsamem Lernen bis Klasse neun. Die anderen wollen am bisherigen Trennen der Kinder nach Klasse vier festhalten.

Ich sage Ihnen: Diese Pläne, auf die wir uns geeinigt haben, sollen und werden endlich Schulfrieden schaffen.

Wir wollen, dass es - zumindest mittelfristig - keine Schulstrukturdiskussionen mehr geben wird. In Zukunft soll die Qualität des Schulwesens im Zentrum stehen, nicht mehr die Struktur.

Dies setzt einen Überzeugungsprozess und die Mitwirkung aller Betroffenen voraus.

Wir machen das Angebot, gemeinsam eine Schulstruktur zu schaffen, die die Kinder in den Mittelpunkt stellt: deren Hoffnungen, Chancen, Leistungsmöglichkeiten - auch im internationalen Wettbewerb.

Dabei gilt unsere Aufmerksamkeit vor allem den Kindern, die in schwierigen Verhältnissen aufwachsen.

Deswegen werden wir auch in den Primarschulen die Klassenfrequenz auf 25 senken. Deswegen werden etwa 50 weitere Schulen zu gebundenen Ganztagschulen ausgebaut; mit Schwerpunkt auf den Grundschulen in KESS 1 bis 3 Gebieten.

Was für die Schulen gilt, gilt im Übrigen auch für die Universitäten.

Es wurde lange, zum Teil Jahrzehnte, über Strukturen diskutiert. Im Mittelpunkt muss zukünftig auch hier die Qualität stehen. Hier haben wir in Hamburg Nachholbedarf.

Einige Hochschulen zeigen gute Ergebnisse. In manchen Bereichen wird noch viel zu tun sein.

Qualitätssicherung der Hochschulen ist Aufgabe des Staates, aber nicht ausschließlich. Wir wollen eine Stiftung gründen - Staat, Wirtschaft und Gesellschaft - mit deren Erträgen die Hamburger Hochschulen an Qualität und Profil gewinnen können. Wir appellieren an alle, dies als wichtigen Beitrag zur Standortsicherung, auch in wirtschaftlicher Hinsicht, zu begreifen.

2. Begriffspaar, meine Damen und Herren, ist: Solidarisches Handeln gegen Eigenverantwortung.

Der schwarz-grüne Senat verfolgt eine Sozialpolitik, die die soziale Grundsicherung garantiert und konkrete Probleme lösen hilft.

Aber unser eigentliches Ziel ist es, dass Menschen wieder Verantwortung für sich selbst und andere übernehmen können, dass sie sich wieder aus dem Transferleistungsbezug lösen können.

Wir wollen einen Sozialstaat, der die Menschen aktiviert. Das gilt nicht nur für die klassische Sozialpolitik, sondern auch für andere Politikfelder, wie Stadtentwicklung, Familienförderung, Jugendarbeit, Integration, Gesundheit, Bildung und Arbeit. Leitende Gedanken dabei sind Subsidiarität, Integration und Generationengerechtigkeit.

So verstehen wir zum Beispiel Erziehung von Kindern vorrangig als Aufgabe der Familien. Eltern und andere Erziehungspersonen sollen dabei unterstützt werden, diese Aufgabe verantwortungsvoll und kompetent zu erfüllen, damit Kinder ihre Lebenschancen optimal entfalten können.

Aber gerade belastete Eltern müssen von Angeboten erreicht werden und Wege gezeigt bekommen, den Alltag zu meistern. Dabei müssen die vielen unterschiedlichen Angebote im Stadtteil miteinander vernetzt werden und gut kooperieren. An erster Stelle steht immer das Wohl der Kinder. Staat und Gesellschaft müssen eingreifen, wenn Kinder vor Vernachlässigung und Gewalt in der Familie geschützt werden müssen.

Bei Schwierigkeiten darf niemand wegschauen. Alle müssen eng zusammenarbeiten, damit rechtzeitig und richtig auf Anzeichen von Vernachlässigung reagiert wird.

So müssen wir beispielsweise bei den Vorsorgeuntersuchungen nachbessern, um eine höhere Verbindlichkeit zu erreichen. Für die U6 und U7 werden wir in Zukunft verbindlich einladen und bei Nicht-Teilnahme nachkontrollieren.

Im Übrigen: Niemand von uns verkennt, dass es große gesellschaftliche und soziale Probleme gibt. Niemand verkennt, dass auch die Politik, dass der Staat die Aufgabe hat, diese Probleme - nämlich Ungerechtigkeiten und Verletzungen des Grundsatzes der Chancengerechtigkeit - zu minimieren.

Aber ich bin davon überzeugt, dass diese Probleme nicht der Staat, sondern in erster Linie die Gesellschaft aus sich selbst heraus lösen muss.

Der Staat muss Rahmenbedingungen schaffen, fördern, fordern, helfen, gelebte Nächstenliebe organisieren und vieles Andere mehr.

Die Verwirklichung einer gerechten Gesellschaft muss sich aber von unten entwickeln: aus Eigenverantwortung und Engagement, aus der Kraft der Familien, aus dem Willen, Verantwortung für andere übernehmen zu wollen, aus der Nachbarschaft, aus den Quartieren und aus der Selbstorganisation der Menschen.

„Gerechte Gesellschaft“ heißt nicht, dass der Staat alles in die Hand nehmen muss. Sondern es heißt, dass der Staat die Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzen muss, sich selbst und anderen zu dienen. Das ist Subsidiarität. Dazu bekennen wir uns ausdrücklich.

Das dritte Begriffspaar, meine Damen und Herren ist: Ökologie gegen Wachstum.

Die neue Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt hat es unlängst in einem Vortrag (beim Abendblatt-Forum im Hotel Grand Elysée am 6. Mai) selbst gesagt:

„Ökonomie und Ökologie sind keine Gegensätze (...) Wirtschaftspolitik muss heute globale, soziale und ökologische Aspekte integrieren.“

Auch die Hamburger Wirtschaft glaubt daran, dass Wirtschaft und Umwelt kein Gegensatz sind:

45 Prozent der Führungskräfte geben dem Koalitionsvertrag immerhin ein „befriedigend“ (wie die neue „Echolot“-Umfrage vom 5. Mai zeigt); 20 Prozent der Manager und Unternehmer stellen uns sogar schon jetzt ein „gut“ oder „sehr gut“ aus.

Sage und schreibe 70 Prozent sprechen sich für Schwarz-Grün aus. Im Februar, vor der Wahl, hielten lediglich 44 Prozent das Bündnis für überhaupt denkbar. Heute meinen nur 19 Prozent, sie hätten angesichts des Wahlergebnisses eine Große Koalition bevorzugt.

Eine wachsende Wirtschaft ist wichtig: damit die Menschen durch Arbeit selbstbestimmt für ihr Auskommen und ihr persönliches Glück sorgen können.

Der Standort Hamburg hat mit seiner breit gefächerten Wirtschaftsstruktur Stärken, die wir ausbauen wollen.

Gleichzeitig müssen wir Spielräume für neue Entwicklungen schaffen und nutzen: damit Hamburg sein Potenzial in einer globalisierten Weltwirtschaft weiterentwickeln kann.

Die Vereinbarung von Ökonomie und Ökologie bedeutet hier Zukunftssicherung und Chance zugleich.

Mit dem Koalitionsvertrag bekennen wir uns zum Beispiel zu einer Energieversorgung, die dem Anspruch der Verbraucher auf eine verlässliche und kostengünstige Energielieferung, den Klimaschutzziele und insbesondere einem hohen Wirkungsgrad von Kraftwerken und niedrigem spezifischem CO₂-Ausstoß gerecht wird.

Auf dieser Grundlage - und vor dem Hintergrund des im Jahre 2014 auslaufenden Konzessionsvertrages über den Betrieb des Fernwärmenetzes - wird eine europaweite, transparente und diskriminierungsfreie Ausschreibung zum Betrieb dieses Netzes durchgeführt; inklusive der Schaffung grundlastfähiger Kraftwerkskapazitäten in der Region Hamburg.

„Die zuständige Behörde entscheidet rechtlich über die Genehmigungs- und Erlaubnisanträge zum Bau eines Kohlekraftwerks in Moorburg.“

Diese Formulierung aus dem Koalitionsvertrag beschreibt verantwortungsvoll die rechtliche und politische Realität.

Rechtlich befinden wir uns in einem Genehmigungsverfahren, das nicht durch politische Absichtserklärungen ersetzt werden kann. Dies ist im Übrigen nichts Neues.

Natürlich bin ich, ganz persönlich, und die Union mit der politischen Vorgabe in den Wahlkampf gegangen, dass in Moorburg ein Kohlekraftwerk gebaut werden soll. Die erforderlichen Mehrheiten hierfür gibt das Wahlergebnis nicht her.

Aber auch die damalige Vereinbarung mit Vattenfall besagte, dass diese politische Entscheidung unter dem rechtlichen Genehmigungsvorbehalt steht.

Warum hätte sonst in der vom letzten Senat getroffenen Vereinbarung mit Vattenfall die Verpflichtung seitens Vattenfall gestanden, für den Fall der Nichtgenehmigung die getätigten Baumaßnahmen zurück bauen zu müssen? Politische Absichten ersetzen eben nicht das rechtlich Gebotene.

Um auch hier Skeptiker zu beruhigen: Ich gehe davon aus, dass das Genehmigungsverfahren für den Bau des Kraftwerkes Moorburg so zügig wie möglich abgeschlossen wird und dass die Modalitäten der Ausschreibung eines grundlastfähigen Kraftwerkes in der Region bis spätestens Herbst dieses Jahres geklärt sein werden. Es geht nicht um Vertagung, es geht um einen rechtlich und politisch vernünftigen Weg.

Stichwort Elbvertiefung: Wir wissen natürlich um die ökonomische Bedeutung der Elbe für die Erreichbarkeit des Hamburger Hafens. Wir sehen aber auch die Notwendigkeit, die ökologische Situation der Elbe deutlich zu verbessern. Die Ökologie der Elbe soll daher in Zukunft vom Wachstum des Hamburger Hafens profitieren.

Das laufende Planfeststellungsverfahren wird fortgeführt. Über die rechtliche Zulässigkeit des Ausbaus der Unterelbe wird im Rahmen des laufenden Planfeststellungsverfahrens durch die Planfeststellungsbehörden des Bundes und der Freien und Hansestadt Hamburg entschieden.

Nach Abschluss des Planfeststellungsverfahrens werden die Hamburger Behörden im Rahmen ihrer Zuständigkeiten an der Umsetzung mitwirken. Nach Realisierung und Vollzug des jetzt laufenden Fahrrinnenanpassungsprojektes wird es keine weitere Fahrrinnenanpassung geben.

Hamburg wird noch in diesem Jahr eine Stiftung errichten, deren Zweck auf die Verbesserung des ökologischen Zustands der Elbe ausgerichtet ist.

Und es soll eine haushaltsneutrale Differenzierung bei Hafentgelten in Bezug auf die Umweltfreundlichkeit von Schiffen geben, d.h. einen Bonus für klimafreundliche Schiffe.

All diese Punkte zeigen: Wir begreifen Klimaschutz und wirtschaftliches Wachstum nicht als Widerspruch, sondern im Gegenteil: Wir verbinden Ökonomie und Ökologie, um zum einen unsere Lebensgrundlage zu sichern und zum anderen die damit verbundenen ökonomische Chancen zu nutzen.

Meine Damen und Herren,
beispielhaft wollte ich Ihnen darlegen, wie wir mit diesem Senat versuchen werden, lang eingeübte und wiederholte Gegensätze zu überwinden – überall dort, wo es möglich ist.

Dabei geht es nicht um ein Modell, nicht um ein Projekt, nicht um Optionen aus Sicht der Bundespolitik. Es geht nicht darum, in Geschichtsbücher einzugehen.

Sondern es geht schlicht darum, eine Koalition zwischen einstigen politischen Gegnern einzugehen. Eine Koalition, die ermöglicht, neue und - wie ich überzeugt bin - für Hamburg gute Wege zu gehen.

Es liegt mir fern, die politische Vernunft philosophisch zu überhöhen und etwa Heraklit zu zitieren, der wusste: „Die Schönste Harmonie entsteht durch Zusammenbringen der Gegensätze“; oder gar über Dialektik und antagonistische Gegensätze zu rasonieren.

Sie kennen die Koalitionsvereinbarung. Ich verzichte darauf, sie in dieser Regierungserklärung minutiös vorzutragen. Sondern ich verweise ausdrücklich auf den Ihnen bekannten Text. Mein Anliegen heute ist es, Ihnen den Grundgedanken dieser Vereinbarungen näher zu bringen.

Wir haben uns für die nächsten vier Jahre viel vorgenommen. In einigen Bereichen löst dies hohe Investitionskosten, in anderen Bereichen hohe Betriebskosten aus.

Darum sind uns zwei Dinge bewusst:

1. Qualität und Umfang öffentlicher Leistung sind abhängig von einer starken Wirtschaft.

Ohne eine solide Wirtschaft, ohne vernünftige Steuereinnahmen kann ein Gemeinwesen nicht finanziert werden. Wir wollen daher alles tun, um die wirtschaftliche Grundlage der Stadt zu stärken - ohne den Grundsatz der Vereinbarung von Ökonomie und Ökologie zu vernachlässigen.

Dem dienen auch wichtige Maßnahmen im Bereich der Infrastruktur, der Arbeitsmarktpolitik, der Bildung und Fortbildung.

Dabei verlieren wir auch unsere norddeutschen Nachbarn nicht aus dem Blick: Die erfolgreiche norddeutsche Länderkooperation der vergangenen vier Jahre zeigt, dass mit der Politik der nachbarschaftlichen Zusammenarbeit wesentliche gemeinsame Grundlagen geschaffen worden sind, um die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Norddeutschland deutlich zu stärken.

Gleichzeitig wollen wir die Menschen animieren, noch mehr Selbstverantwortung für das Gemeinwesen im Ehrenamt, in Stiftungen, durch Spenden und Mäzenatentum wahr zu nehmen. Die Konzepte der Wachsenden Stadt und der Kreativen Stadt bieten dafür eine gute Grundlage.

2. Punkt der uns in Sachen „Kosten“ sehr bewusst ist: Haushaltsdisziplin. Wir brauchen eine große Haushaltsdisziplin. Denn die Dinge, die wir als neue Prioritäten benannt haben, sollen ohne neue Schulden finanziert werden.

Diese Koalition steht für eine nachhaltige Haushaltspolitik. Das wird Veränderungen mit sich bringen. Der zu erarbeitende Haushaltsplan wird, zur Finanzierung neuer Prioritäten, Umschichtungen beinhalten.

„Umschichtungen“ – das bedeutet selbstverständlich auch die Änderung von Planungen und den Verzicht von Liebgewonnenem.

Natürlich werden diejenigen, die davon betroffen sind, dagegen sein und protestieren. Und die Erfahrung lehrt, dass diejenigen, die am lautesten über die Notwendigkeit einer soliden

Haushaltspolitik und das Vermeiden von Schulden sprechen, gleichfalls am lautesten protestieren, wenn sie selbst von dieser Umschichtung betroffen sind.

Wir sind uns der Verantwortung bewusst, dass diese Umschichtungen vernünftig und abgewogen erfolgen müssen. Ohne Konflikte geht dies nicht. Das wissen wir auch.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
bitte sehen Sie mir nach, wenn ich in dieser Regierungserklärung nicht zu allen Bereichen der Politik etwas gesagt habe.

Selbstverständlich stehen wir zu allen Formulierungen und Prioritäten, wie sie im Koalitionsvertrag genannt worden sind; genauso wie dazu, dass viele gute und notwendige Dinge, auch wenn sie nicht ausdrücklich im Koalitionsvertrag oder dieser Regierungserklärung genannt worden sind, selbstverständlich fortgeführt werden.

Mir ging es nicht um buchhalterisches Aufzählen, sondern darum, den Grundgedanken dieser Koalition darzulegen.

Ich bin überzeugt, dass diese Koalition über die ganze Legislatur, also über vier Jahre, vertrauensvoll und gut zusammenarbeiten wird.

Ich bin überzeugt, dass diese für Deutschland neue Konstellation - nach erster Verwunderung, dem Reiz des Ungewohnten - schnell zur fachlich kompetenten Routine werden wird.

Ich bin überzeugt, dass es klug und vernünftig ist, wie schon in der Gesellschaft, nun auch in der Politik den Versuch zu unternehmen, Trennendes zu überwinden, ohne die Identität der beteiligten Parteien aufzugeben.

Meine Bitte an die Menschen dieser Stadt ist: Versuchen Sie, mit uns gemeinsam diesen Weg zu gehen. Lassen Sie uns gemeinsam die Chancen nutzen, die diese Stadt hat.

Es geht nicht um uns, nicht um den Senat, nicht um das Parlament, nicht um die Parteien. Es geht um eine gute Zukunft für unsere Freie und Hansestadt Hamburg.